

# Waldbader Tagblatt

## (Enztalbote)

Amtsblatt für W<sup>ald</sup>bad, Chronik und Anzeigenblatt  
für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags.  
Bezugspreis für den Monat Mai Mark 2800.—  
frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im  
innerdeutschen Verkehr 2800.— zusätzl. Postbestellgeld.  
Einzelnummern 100 Mt. ; Girokonto Nr. 50 bei der  
Dberamtsparlathe Neuenbürg, Zweigstelle Waldbad.  
Bankkonto: Direction d. Discontoges., Zweigst. Waldb.  
Postfachkonto Stuttgart Nr. 29 174.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Beitzelle ober deren  
Raum Mt. 130.—, auswärts Mt. 150.—. Reklame-  
zeile 350 Mt. Bei größeren Aufträgen Rabatt nach  
Tarif. Für Offerten u. bei Ausfertigung werden  
jeweils 75 Mt. mehr berechnet. Schluß der Anzeigen-  
annahme: täglich 8 Uhr v. m. ; mittags. In Konturs-  
fällen oder wenn gerichtliche Vertreibung notwendig  
wird, fällt jede Nachahrgewährung weg.

Druck der Buchdruckerei Waldbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung Th. Gad in Waldbad.

Nummer 103

Februar 179

Waldbad, Freitag, den 4. Mai 1923

Februar 179

58. Jahrgang

### Die Welt hat das Wort

Erklärung des Reichskanzlers

Berlin, 3. Mai.

In der gestrigen Sitzung der Minister- und Staatspräsi-  
denten gab der Reichskanzler Dr. Cuno die deutsche Note  
bekannt und führte dabei u. a. aus:

Heute wird bei den Mächten die Note übergeben, die  
den Standpunkt der Reichsregierung zur Entschädigungs-  
frage und zur Frage der Befriedigung Europas darlegt.  
Das ist ein ungewöhnlicher Schritt, weil er in dem tragi-  
schen, einmütigen Abwehrkampf getan wird, ohne daß die  
Haltung des Gegners dazu Anlaß gibt; ein Schritt von un-  
gewöhnlicher Bedeutung, weil von seinem Gelingen das  
friedliche Zusammenarbeiten zwischen Deutschland und  
Frankreich und darüber hinaus in Europa in den wirt-  
schaftlichen Beziehungen, sowie die Abkehr von dem System  
des Hasses, der Feindschaft und der Wertverachtung ab-  
hängt; ein Schritt, der dem Wiederaufbau dient, während  
sein Mißlingen die fortdauernde Verschärfung des Abwehr-  
kampfes, die Vernichtung der letzten für die Entschädigung  
bereitzustellenden Mittel und Reserven bedeuten und für  
beide Teile innere Belastungen und Erschütterungen aus-  
lösen könnte. Für Europa und die Welt voller Gefahren  
sein würden.

Wir wollten den Frieden und wir wollten ihn noch. Aber  
der Preis muß zahlbar sein. Das war der Grundgedanke,  
mit dem dieses Dokument sein Amt angetreten hat und mit dem  
es steht und fällt. Unsere Vorschläge gingen bis zum  
Höchstmöglichen des Möglichen, ließen aber Gegenwärtigen  
Abänderungen in Einzelheiten in offener Aussprache freien  
Raum. Sie wurden von Frankreich abgelehnt und ohne  
den Rechtsgrund mit dem Aufbruch und dem Eingriff in  
den vertragmäßigen Zustand der Rheinlande und dem Ein-  
bruch in andere deutsche Länder beantwortet, dessen Aus-  
wirkungen in immer rücksichtsloseren Formen wir täglich  
erleben.

In der einmütigen Erkenntnis, daß von der Reichs-  
regierung alles geschähen ist, um den Rechtsbruch zu ver-  
hüten, hat das deutsche Volk ohne Unterschied der Parteien  
und des Standes zu der Waffe des passiven Widerstands  
gegriffen. Es hält diese Waffe auch heute noch in fester,  
treuer Hand. Nichts kann die Reichsregierung veranlassen,  
den Weg des Dialogs, des Ultimatums oder gar der frei-  
willigen Annahme unerfüllbarer Bedingungen zu beschreiten.  
Nur wenn aufrichtig dem Volk gesagt werden kann, daß  
Erfüllbares zu leisten ist, ist die Regierung in der Lage, auch  
die letzten Kräfte und Reserven aus allen Schichten des Lan-  
des herauszuholen. So oft unter Zwang erkennbar un-  
erfüllbares zugestanden worden war, vergah die Welt nur all-  
zu bald, unter welchem Druck die Zulage erfolgt war und  
sank sie, wenn sie dann nach kurzer Zeit nicht gehalten  
werden konnte, in der Annahme zusammen, daß Deutschland  
nicht zahlen wolle. Dieser Vorwurf darf nicht wiederkehren,  
um keinen Preis.

Daraus folgt zugleich, daß die Reichsregierung kein An-  
gebot der Unterwerfung oder des Aufgebens unseres pas-  
siven Widerstands machen kann. Aber im Rahmen ihrer  
Grundtatsache ging die Regierung einen folgerichtigen Schritt  
weiter, indem sie über die Erklärung der Zahlungsbereit-  
schaft hinaus, an in der Reichstagsrede des Reichsministers  
des Auswärtigen vom 16. April die Umrisse deutlich ab-  
zeichnete, die für uns bei der Lösung der Entschädigungs-  
frage in Betracht kommen. Wenige Tage später trat ein  
außenpolitisches Ereignis ein, indem an uns die Aufforde-  
rung erging, unsere Stellung zu der Frage zur Kenntnis  
der Welt zu bringen.

Es war nicht leicht, sich zu diesem Entschluß durchzu-  
ringen. Sie finden in der Note drei Fragen dem Lösungs-  
versuch entgegengeführt: die Frage der Entschädigungen, die  
Frage des wirtschaftlichen Ausgleichs der Kräfte, insbeson-  
dere zwischen Frankreich und Deutschland, und die Frage  
der politischen Sicherheiten für beide Länder.

Was die Entschädigungssumme anlangt, so haben wir  
erneut versucht, zahlenmäßig eine Abgrenzung für unsere  
Verpflichtungen zu finden. Dieser Versuch war schwerer als  
jemals zuvor aus Gründen, die vor allen Dingen in der  
fortgesetzten, nicht berechenbaren Wertminderung im Befest-  
ten und im Einbruchgebiet und damit für die gesamte Wirt-  
schaft bestehen, ferner in der beträchtlichen Summe, die zum  
Ausgleich alles des Nurechts, das dort Menschen und Sachen  
zugefügt wurde, erforderlich sein wird. Trotzdem hielten  
wir uns im Rahmen derjenigen Ziffern, die in Paris vor-  
geschlagen waren. Wir wählten erneut als Ausgangs-  
punkt der Verhandlungen die 30 Milliarden Goldmark, die  
durch Anleihen aufgebracht werden mußten. Die Berücksich-  
tigung der genannten Änderungen muß sich von selbst im  
Verhalten des internationalen Kapitalmarktes und dem in  
unserem Angebot eingefügten „elastischen Faktor“ auswirken.  
Die Notwendigkeit einer Erhöhenstrich von vier Jahren ist

### Frankreich

Der französische Ministerrat unter Vorsitz des Präsi-  
denten Millerand erklärte einstimmig die deutschen Vor-  
schläge als unannehmbar sowohl wegen der ge-  
wöhnlichen Bedingungen (Wahrung des Ruhrgebiets, Gegen-  
seitigkeit der politischen Sicherheiten etc.) und des Mangels  
an Sicherheiten (1) als auch wegen der unzulänglich-  
keit der gekostenen Zahlungen. Folgerung wird  
für mit der beabsichtigten Regierung über die Abwendung der  
Not und deren Mitteilung an sämtliche Verbündeten  
verhandelt.

Frankreich hat an die Türkei wegen des Abkommens mit  
Amerika eine drohende Note gerichtet.

Selbstwirkend dadurch eingebaut daß die Zinszahlungen der  
ersten vier Jahre dem Anleihebetrag entnommen werden  
sollen.

Die Schuld von 30 Milliarden wird schwer auf uns  
lasten. Sie bedeutet eine jährliche Leistung, die schon bei  
einem Mindestfuß von 5 Prozent und 1 Prozent Abbezoh-  
lung allein für 20 Milliarden 1,2 Milliarden und für wei-  
tere zwei Abschnitte von je 5 Milliarden mindestens je 0,3  
Milliarden, im ganzen also 1,8 Milliarden Goldmark kosten  
kann, wobei ich Anlaß habe, zu bezweifeln, daß wir mit einem  
Zinsfuß von 5 Prozent bei der Begebung von Anleihen  
nicht werden auskommen können. Die Sachleistungen, so-  
weit sie durch den Einbruch unterbrochen waren, sollen  
wieder aufgenommen und ihr Gegenwert auf unsere Schuld  
angerechnet werden.

Der Reichskanzler erwähnte dann den weiteren Vorschlag,  
falls der erste abgelehnt werden sollte, daß nämlich die  
ganze Entschädigungsfrage einer von jeder politischen Ein-  
wirkung unabhängigen internationalen Kommission unter-  
breitet werden soll, und fuhr fort: Wir wollen unter allen  
Umständen, daß das, was wir zusagen, auch erfüllt wird.  
Wir sind bereit, für die Beträge, die wir im Anleihenweg  
erhalten, jedwede wirtschaftliche Sicherheit zu stellen. Nur im  
Weg der Anleihe können wir die Mittel zur Zahlung be-  
schaffen. Und daher hat Frankreich ein Interesse daran,  
uns von außen her in Ruhe zu lassen, damit wir auch im  
Inneren zur Ruhe kommen. Die Voraussetzung für jede  
Anleihe ist nach allgemeinem Urteil die Forderung der  
wirtschaftlichen Gleichberechtigung und die Sicherheit gegen  
politische Pfänder. Wir wissen, daß in Frankreich ein harter  
Wunsch und ein hartes Bedürfnis besteht zum Ausgleich  
der Wirtschaftsinteressen zwischen Frankreich und Deutsch-  
land. Eine solche Verständigung wäre zustande gekommen,  
wenn nicht Frankreich jede Annäherung und Besprechung  
darüber abgelehnt hätte.

Auch heute noch wird die deutsche Wirtschaft sich einer  
Zusammenarbeit mit Frankreich nicht entziehen, weil wir  
wissen, daß Frankreich immer noch vor der Sorge deutscher  
Angriffsabsichten steht. Wir wollten auch die Frage der  
politischen Sicherheiten für Frankreich und Deutschland nicht  
unerörtert lassen, denn wir sind es unserem Volk nach den  
Ereignissen der letzten Monate schuldig, ihm die Sicherheit  
friedlicher Arbeit in gleicher Weise zu gewährleisten, wie an-  
deren. Wir haben diesen Vorschlag diesmal in einer all-  
gemeinen Form wieder aufgenommen, in der Form, daß  
wir bereit sind zu jeder friedlichen Vereinbarung mit Frank-  
reich, die auf Gegenseitigkeit beruht, und daß wir bereit  
sind, alle Streitfragen dem Schiedsgericht oder einem Aus-  
gleichsverfahren zu unterstellen. Das ist alles, was wir in  
dieser Frage tun können und um den Beweis zu liefern,  
daß wir nicht den Krieg, sondern den Frieden wollen.

An der alshalbigen Herstellung des früheren Stands hat  
auch Frankreich das allerdringendste eigene Interesse. Es  
muß den Ruhereinfall bezahlen in einer Zeit, wo die ganze  
Welt unter den Nachwehen des Kriegs leidet, wo die wirt-  
schaftlichen und finanziellen Beziehungen zwischen den Staa-  
ten gelitten haben. In einer solchen Zeit sollte jeder einzel-  
ne Staat zum Wiederaufbau der Welt beitragen. Ich erinnere  
an die ungeheure Tatsache, daß sich die Befähigungskosten in  
den vier Jahren nach dem Krieg auf 4 1/2 Milliarden Gold-  
mark belaufen haben, also mehr, als früher Deutschland für  
seine gesamte Heeresmacht und seine Marine in demselben  
Zeitraum aufgewendet hat. So vernichtet jeder Tag Werte  
um Werte, die zugleich der Entschädigung entzogen werden.  
Und wenn der icht von uns beschrittene Weg nicht zum  
Ziele führt wird die Wertverminderung fortschreiten.

Wir sind bereit, der Zerstörung Einhalt zu tun, aber wir  
sind auch bereit, bis zum letzten Rest unserer eigenen Kraft  
auszuhalten, was den Tod jeder Entschädigung bedeuten  
würde. Wir sind dazu bereit, weil wir wissen, daß, wenn  
unsere Vorschläge nicht als Verhandlungsgrundlage ange-  
nommen werden, der Wille des anderen nicht auf Entschädi-  
gung, sondern auf Landraub und Zerkümmern abzielt  
und daß es sich für uns alle um Sein oder Nichtsein handelt.  
Wir hoffen, an der Erkenntnis der Welt, daß der Streit  
an der Ruhr ein Wahnsinn ist nicht nur für die Beteiligten,

sondern zugleich für die ganze Welt. Und so tenden wir  
die Note ab mit dem Wunsch, daß sie zu offenen, freien Ver-  
handlungen führt, denn wir haben unsere Lage dargelegt  
und wollen uns zu einer Leistung bekennen, die bis an die  
Grenze unseres Könnens geht. Aber solange der Einbruch  
uns dazu nötigt, soll auch unser Widerstand nicht erlahmen,  
damit wir das Vaterland unseren Kindern erhalten.

Der Reichskanzler gedachte sodann derer, die in Opfer-  
mut und deutschem Sinn an der Front ausharren. Er  
warnte vor Unbehagen, die die innere Ordnung stören  
würden, und ermahnte das Volk, an die Gesamtheit zu den-  
ken. „Die Welt hat bisher den Zuständen wie einem Schau-  
spiel zugesehen, ohne sich sonderlich dafür zu interessieren.  
Wir haben sie nochmals ausdrücklich und in aller Form vor  
die Frage gestellt: Will sie den Frieden oder will sie die  
Fortdauer eines Konflikts, der zu unabsehbaren Ereignissen  
führen kann? Die Welt hat das Wort.“

### Unser Tribut

Das ist der richtige Name. Jede andere Bezeichnung,  
vor allem die scheinbar gerechtfertigende Formel „Wie-  
dergutmachungen“ (reparations) ist ein täuschender  
Aushängeschild, unter dem die wüsten Absichten der feind-  
lichen Hab- und Raubgier verdeckt werden sollen. Nein,  
tausendmal nein, wir haben es, trotz aller gegenteiligen Ver-  
sprechungen, mit denen seiner Zeit der vollendetste Heuchler,  
den unsere Erde getragen hat, Wilson, uns zur Schlicht-  
bank gelockt hat. — wir haben es mit echten und gerechten  
Tributen zu tun, so wie seinerzeit die Assyrer und Baby-  
lonier und Römer ihren besiegten, unterworfenen Völkern  
auferlegt hatten.

Nachdem nun von deutscher Seite ein neues Angebot ge-  
macht worden ist, da muß man billigerweise daran erinnern,  
daß wir überhaupt schon viel zu viel an „Wiedergut-  
machungen“ bezahlt haben, ungeheure Summen, die aber  
nicht zu dem richtigen Zweck, zum Wiederaufbau der zer-  
störten Gebiete, sondern für Kanonen und Flieger und U-  
Boote verwendet wurden.

Die neue große Summe ist unsern Lesern aus früheren  
amtlichen Mitteilungen bekannt, nämlich daß wir bis jetzt  
nicht weniger als 57 354 532 000 Goldmark bezahlt haben.  
Diese 57 Milliarden Goldmark drücken aber nicht entfernt  
den Grad des Verlustes aus, den die deutsche Volkswirt-  
schaft durch diese Leistungen erlitten hat. Am nur eines  
herauszugreifen: wir meinen den Verlust der Kolonien.  
Jahre hat in einem Artikel des „Wirtschaftsdienstes“ vom  
30. September 1921 den Ertragswert unseres geraubten  
Kolonialbesitzes auf 77,5 Milliarden Goldmark (der frühere  
Gouverneur von Deutsch-Südwestafrika, Seif, auf 110  
Milliarden) geschätzt. Der bekannte Führer der englischen  
Arbeiterpartei E. D. Morel schreibt hierzu in seiner Flug-  
schrift „Das Gift, das zerstört“ u. a.: „Der mögliche Wert  
des allein an England zugefallenen deutschen Kolonialbesitzes  
(1 709 340 Quadratmeilen) beläuft sich auf viele Tausend  
Millionen Sterling. Auf Zeit gerechnet werden die Sum-  
men, die allein aus den ehemaligen deutschen Besitzungen  
gezogen werden können, die Gesamtkriegskosten bedeutend  
überschreiten.“ Nebenbei gesagt: Wenn je England uns die  
Kriegsschuld erläßt, so würde das keine besonders „groß-  
mütige“ Tat sein. England ist durch den Kolonialraub in  
Afrika mehr als hinreichend für seine Kriegsverluste ent-  
schädigt.

Zählen wir nun die beiden Beträge zusammen, so kommt  
man zu einer Riesensumme von 134 854 532 000 Goldmark,  
um die das deutsche Volkvermögen geschädigt worden ist.  
Niemals seit die Welt steht, hat eine Veräufung eines  
Volkes in solchem Umfang stattgefunden, und die Tatsache,  
daß Deutschland schon fast die Hälfte des Volkvermögens  
der Vorkriegszeit durch den Verfall von Versailles einge-  
büßt hat, ist unüberleglich“ (Elder von Braun, Präsi-  
dent des Reichswirtschaftsrats).

Nun vergesse man nicht, welche ungeheure wirtschaftliche  
Einbußen wir seit Versailles erlitten haben und täglich er-  
leben durch den Übergang deutscher Sachwerte  
(Grundstücke, Gebäude, Aktien und Hypotheken) an das  
Ausland zu einem Preise, der heute nur 4—8 Prozent  
des wirklichen Werts beträgt. Und dann die Steinkoh-  
lenförderung in Deutschland. Sie belief sich 1913  
auf 190 109 000 Tonnen, 1921 — also wo wir noch Ober-  
schlesien hatten — sank sie auf 113,8 Millionen Tonnen.  
Dazu kommt noch die verminderte Arbeitsleistung des ein-  
zelnen Arbeiters, welche gegen 1913 um 39 Prozent zurück-  
gegangen ist. Und wenn auch die Arbeiterzahl um 34 Pro-  
zent erhöht wurde, so bleibt doch noch eine Verminderung  
von 18 Prozent zurück.

Und wie die Steinkohlenförderung, diese wichtigste  
Nährquelle der Industrie, notgelitten hat, so nicht viel weni-  
ger die Landwirtschaft. Die Brotgetreideernte ist





